

ried hidden within itself. Hence moved what has been defined the first concrete attempt at building the European federation» (page 251).

Fond of her subject – as witnessed by the fact that the scholar is going to publish a forthcoming volume just on the European Political Community project – Daniela Preda never lacks critical rigour and always combines the study of technical sources with the protagonists' passionate reports in her interpretative efforts. A minute attention to the details of the negotiations does not disturb the readers' enjoyment, stimulated by frequent documentary and bibliographic quotations. Altiero Spinelli's and federalists' constant criticism – now political or idealistic, now technical – of the Italian representatives' action in Paris or, more generally, of the attitude and praxis of the national governments involved in the Conference, is followed by the author with interest. Evident is her constant research of reciprocal influences: she works for a historiographical synthesis that will include and grasp the stages of European integration from the point of view of the functional construction of Community organisms as well as of the idealistic incentive conveyed by the movements. A good example of this approach may be considered the thesis supported at page 112, where Altiero Spinelli's relationship with Alcide De Gasperi and the former's contribution – by means of a memorandum – to the new attitude of the Italian delegation in October 1951 are particularly emphasized. The book is rich in such useful suggestions of hypotheses as this one, bound to share in a debate that is already very lively.

Massimiliano Guderzo
Università degli Studi di Firenze

Michael GEHLER / Rolf STEININGER (Hrsg.). – Österreich und die europäische Integration 1945-1993. Wien/Köln/Weimar, Böhlau Verlag, 1993, 530 S. ISBN 3-205-98121-9.

Thomas SCHWENDIMANN. – Herausforderung Europa. Integrationspolitische Debatten in Österreich und in der Schweiz 1985-1989. Bern/Berlin/Frankfurt, Peter Lang, Europäische Hochschulschriften, 1993, 419 S. ISBN 3-906752-04-6.

Die Alpenrepublik als sozialharmonische Konkordanzdemokratie; zwar eng wirtschaftlich verflochten mit Westeuropa, aber politisch aufgrund einer Klausel im Staatsvertrag von 1955 zu "immerwährender Neutralität" verpflichtet; erfolgreicher Vermittler zwischen Ost und West in Europa und unverzichtbare Brücke zwischen Nord und Süd. Diese gelegentlich etwas selbstgefällige Konzeption eines Österreichs, das im Innern und in der Außenpolitik erfolgreich einen dritten Weg verfolgt, wurde bis in die achtziger Jahre hinein innenpolitisch weitgehend konsensfähig. Immerhin hatte diese Politik dem kleinen Österreich international, insbesondere im Rahmen der UNO, einen privilegierten Platz an der Sonne verschafft und maßgeblich zum langfristigen Erfolg der nationalen Identitätsbildung in Abgrenzung zu den Deutschen beigetragen.

Die halboffizielle Staats- und Neutralitätsideologie schlug sich auch in den thematischen Prioritäten der österreichischen Zeitgeschichtsforschung nieder. Insofern überhaupt Fragen der westeuropäischen Nachkriegsgeschichte bearbeitet wurden, so geschah dies in der Regel in Form einer weitgehend affirmativen Analyse der Neutralitätspolitik in vergleichender Perspektive. Von daher ist es umso erfreulicher, daß Rolf Steininger und Michael Gehler an der Universität Innsbruck einen *Arbeitskreis Europäische Integration* eingerichtet und inzwischen den hier angezeigten Sammelband zur Rolle Österreichs im Integrationsprozeß in der Nachkriegszeit vorgelegt haben.

Einleitend schildert Florian Weiss (München) die diplomatische Gratwanderung der österreichischen Regierung bis zum Abschluß des Staatsvertrages, die staatliche Integrität unter Rücksichtnahme auf die sicherheitspolitischen Interessen der Sowjetunion zu wahren, ohne dabei auf eine weitreichende wirtschaftliche Westintegration zu verzichten. Die große

Koalition aus Christdemokraten (ÖVP) und Sozialdemokraten (SPÖ) schloß zwar die Vollmitgliedschaft in kleineuropäischen Organisationen wie Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) und Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) aus, beteiligte sich jedoch am Marshall-Plan und trat dann 1956, abweichend von dem Neutralitätspolitischen Vorbild Schweiz, auch dem Europarat bei. Die Aussicht auf die Teilnahme an einer europäischen Freihandelszone (FHZ), gegen die die Moskauer Regierung keine Neutralitätsrechtlichen Einwände erhob, schien dann 1957/58 vorübergehend zu garantieren, daß die ökonomischen Interessen des außenwirtschaftlich über die Bundesrepublik Deutschland sehr eng mit der EWG verflochtenen Landes dauerhaft gewahrt werden konnten.

Die österreichische Politik zwischen dem Scheitern der FHZ-Verhandlungen und dem Abschluß des Freihandelsabkommens mit der EWG 1972 untersucht Stephan Hamel (Wien/Pisa). Er schildert den Versuch der österreichischen Regierung, nach de Gaulles Veto gegen einen britischen EWG-Beitritt im Januar 1963 mit der EWG zu einer separaten Übereinkunft über eine wirtschaftliche Assoziierung zu gelangen, was schließlich an dem erneut aufflammenden Streit mit Italien über die Südtirol-Frage und an de Gaulles Einspruch scheiterte.

Von den Beiträgen, die sich mit den bilateralen Beziehungen Österreichs zu den wichtigsten Partnern im Westen befassen, betont Jürgen Nautz (Kassel), daß die enge wirtschaftliche Verflechtung mit der Bundesrepublik, mit der Österreich etwa 40 Prozent seines Außenhandels abwickelte, für die Wiener Regierungen ein wichtiges Motiv darstellte, ein umfassendes Arrangement mit der EWG anzustreben. Thomas Angerer (Wien) verdeutlicht, in welchem Maße die französische Österreich-Politik bis 1955 deutschlandpolitisch bestimmt war, nämlich von der Befürchtung, nach einer möglichen Teilung des Landes könnten sich die Westzonen einseitig an die Bundesrepublik anlehnen. Vor allem um die staatliche Integrität des Landes zu schützen, wirkten die französischen Regierungen daher dem österreichischen Interesse an einem frühen Beitritt zum Europarat und an einer substantiellen Assoziierung mit der EGKS entgegen. Nach dem EFTA (Europäische Freihandelsgemeinschaft)-Beitritt Österreichs sah de Gaulle dann die Wiener Politik zunehmend einseitig unter dem Blickwinkel des Konflikts mit Großbritannien.

Der Genese des ersten britischen EWG-Beitrittsantrags 1961 widmet sich Rolf Steininger (Innsbruck). Anhand einer eingehenden Analyse der kontroversen EFTA-internen Beratungen 1960/61 über eine Lösung des Konflikts zwischen den Sechs und den Sieben macht er deutlich, in welchem Maße die Briten – einseitig auf ihre wirtschaftlichen und vor allem politischen Motive für den geplanten EWG-Beitritt fixiert – zunächst die sich daraus für die anderen EFTA-Staaten ergebenden wirtschaftlichen und politischen Probleme unterschätzten. Ein vorzeitiges Auseinanderbrechen der EFTA konnte die britische Regierung schließlich nur verhindern, indem sie sich zumindest formell zu einer engen Absprache mit ihren EFTA-Partnern in den anschließenden Beitritts- und Assoziierungsverhandlungen bereit erklärte.

Günter Bischof (New Orleans/München) schließlich untersucht die Politik der Amerikaner in den fünfziger Jahren, für die nur eine bewaffnete Neutralität Österreichs in Frage kam. Solange eine militär- und sicherheitspolitische de facto-Westorientierung des Landes garantiert war, galten andere Fragen, wie diejenige nach der wirtschaftlichen Integration, als nebensächlich oder wurden von der Supermacht USA ohnehin im Kontext ihrer breiteren europapolitischen Strategie bewertet, die primär die Stärkung der Sechsergemeinschaft zum Ziel hatte.

Wenngleich weitgehend auf die fünfziger Jahre beschränkt, werden auch die europapolitischen Vorstellungen der Parteien berücksichtigt. Dabei zeichnet Michael Gehler (Innsbruck) nach, daß einzelne christdemokratische Politiker, etwa der ÖVP-Generalsekretär Felix Hurdes, in der unmittelbaren Nachkriegszeit eine aktive Rolle vor allem bei der Eingliederung der deutschen Christdemokraten in die transnationale Parteienkooperation im Rahmen der *Nouvelles Equipes Internationales* spielten. Allerdings gaben sie dem Abschluß eines Staatsvertrages Priorität und setzten sich nicht zuletzt deshalb für eine internationale Ausrichtung einer christdemokratischen Parteienkooperation anstelle einer einseitigen Beto-

nung der inner-westeuropäischen Bindungen ein. Martin Hehemann (Wien), der die Europapolitik der Sozialdemokraten behandelt, konstatiert u.a. eine im Vergleich mit der ÖVP ausgeprägtere Bereitschaft, auf sowjetische Sicherheitsinteressen Rücksicht zu nehmen, und eine daraus resultierende größere diplomatische Vorsicht in der Europapolitik; und Lothar Höbelt (Wien/Chicago) widmet sich der Politik der nationalliberalen Freiheitlichen, die sich mit ihrer besonders integrationsfreundlichen Haltung dem Verdacht aussetzen, indirekt einen "Anschluß" an die Bundesrepublik Deutschland zu betreiben.

Ergänzt wird der Sammelband durch weitere Aufsätze, etwa zu Fragen der wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Kooperation mit den Westeuropäern, die ein differenziertes Bild der österreichischen Europapolitik in der Nachkriegszeit vermitteln. Bedauerlich ist lediglich, daß die Beiträge weder in bezug auf den jeweiligen Untersuchungszeitraum aufeinander abgestimmt sind, noch gemeinsam entwickelten Leitfragen nachgehen, so daß die noch dazu äußerst knappe zusammenfassende Interpretation in der Einleitung eher oberflächlich bleibt. Allerdings weisen die Herausgeber zu Recht darauf hin, daß es sich lediglich um eine "erste Bestandsaufnahme" handelt, und als solche vermittelt der Sammelband in der Tat einen ausgezeichneten Überblick über den erreichten Forschungsstand genauso wie über noch bestehende Forschungslücken, die zumindest teilweise auf eine schlechte Aktenüberlieferung oder fehlenden Archivzugang zurückzuführen sind.

Die österreichische Europapolitik zwischen 1985 und dem EG-Beitrittsantrag 1989 untersucht Thomas Schwendimann in seiner Monographie vergleichend mit der Schweizer Politik. Nach einer im Hinblick auf das eigentliche Thema der Studie etwas zu breit geratenen historischen Einführung gelangt der Autor u.a. zu dem Ergebnis, daß bei allen Unterschieden für beide Länder die wirtschaftlichen Motive ausschlaggebend für die angestrebte Annäherung an die EG waren, wobei sich die österreichische Regierung von dem inzwischen erfolgten EU-Beitritt nicht zuletzt einen Modernisierungsschub für die im Vergleich mit der Schweiz strukturschwache und wenig internationalisierte Industrie erhofft hat.

Besonders ausführlich widmet sich Schwendimann der Neutralitätsproblematik, wobei die verfassungsrechtlichen Unterschiede zwischen der aktiven Neutralitätspolitik Österreichs und der passiven, die Pflichten der Neutralität extensiv auslegenden Neutralitätspolitik der Schweiz akribisch herausgearbeitet werden. Bedauerlicherweise werden jedoch andere Aspekte der Neutralitätspolitik, etwa deren identitätsstiftende Wirkung, nicht behandelt, obwohl sich – jedenfalls im Fall Österreichs – deren indirekte Folgen in einer Zeit als langfristig bedeutender erweisen, in der sich in Europa die klassische Neutralitätspolitik zunehmend als anachronistisches, wirtschaftlich und sicherheitspolitisch parasitäres Verhalten von Kleinstaaten darstellt.

Swendimanns Studie ist ohne Frage aufschlußreich für die Motive der österreichischen und Schweizer Regierungspolitik bis 1989. Sie behandelt jedoch letztlich ein integrationspolitisches Randthema, das schon zum Zeitpunkt der Veröffentlichung nur noch von zeithistorischem Interesse ist. Von größerem Gewinn für die Integrationsforschung wäre inzwischen beispielsweise eine Analyse der österreichischen Beitrittsverhandlungen und der Volksbefragung sowie vor allem der zu erwartenden programmatischen Präferenzen der Wiener Regierung in bezug auf Währungsunion, institutionelle Neuordnung oder Osterweiterung.

Und die Schweiz? Möglicherweise wäre es interessant zu wissen, wie sich die Berner Regierung eine Existenz innerhalb der Mauer vorstellt, die die Mehrheit der Bevölkerung mit der Ablehnung des EWR-Abkommens (Europäischer Wirtschaftsraum) 1992 um Max Frischs Andorra gezogen hat. Vielleicht ist diese aber inzwischen auch schon hoch genug, um den auf eine kritische Analyse bedachten Nachbarn nicht viel mehr als den durchaus ansprechenden Blick auf die schneebedeckten Berggipfel freizugeben.

Wolfram Kaiser
Kulturwissenschaftliches Institut
Essen